

Für eine zukunftsfähige und klimafreundliche Stahlindustrie!

Resolution der IHK-Vollversammlung vom 9. Dezember 2019

Die saarländische Stahlindustrie beschäftigt direkt und indirekt rund 22.000 Menschen. Sie sorgt damit für ein Bruttoeinkommen in Höhe von 900 Millionen Euro. Der Anteil der Stahlindustrie am Umsatz der gesamten saarländischen Industrie lag in den letzten Jahren im Schnitt bei knapp 20 Prozent. Mit ihrem hohem Verflechtungsgrad und den beachtlichen regionalwirtschaftlichen Effekten ist die Stahlindustrie eine der Schlüsselbranchen der Saarländischen Wirtschaft. Geht es ihr gut, dann profitiert davon das gesamte Saarland. Umgekehrt gilt aber auch: Wenn die Stahlindustrie in schwieriges Fahrwasser gerät, dann bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung in anderen Branchen des Landes.

Aktuell steht die saarländische Stahlindustrie vor großen strukturellen Herausforderungen. Weltweite Überkapazitäten und Billigimporte vor allem aus China, Indien, Russland und der Türkei sowie Zugangsbarrieren auf zahlreichen Märkten erschweren ihr das Geschäft. Die Verschärfung des EU-Emissionshandels und die Vorgabe einer CO₂-neutralen Wirtschaft bis zur Mitte dieses Jahrhunderts belasten die Branche zusätzlich.

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen darf die Politik die Unternehmen nicht alleine lassen. Die saarländische Stahlindustrie hat in den letzten Jahren bereits vieles aus eigener Kraft geleistet. Allein in den letzten fünf Jahren wurden 500 Millionen Euro in den Umwelt- und Klimaschutz investiert. Doch was jetzt ansteht, geht über das bisherige Maß deutlich hinaus. Denn die Investitionen in Höhe von bis zu 3 Milliarden Euro, die für den zur Dekarbonisierung erforderlichen Technologiesprung – die Substitution von Koks durch Strom und Wasserstoff – notwendig sind, lassen sich nicht über den Markt refinanzieren. Die Stahlindustrie ist daher auf die Unterstützung durch die Politik auf Bundes- und EU-Ebene angewiesen.

Vor diesem Hintergrund appelliert die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes

- **an die Bundesregierung**, mit einer pro-aktiven Strukturpolitik ein deutliches Zeichen für den Erhalt der hiesigen Stahlindustrie und damit für richtungsweisenden Klimaschutz zu setzen. Um den Jahrzehnte andauernden Umbauprozess einleiten zu können, benötigt die Branche jetzt zweierlei: Erstens Planungssicherheit und zweitens eine signifikante finanzielle Förderung durch den Bund.
- **an die Europäische Kommission**, für Wettbewerbsgleichheit zu sorgen, damit in der EU klimafreundlich produzierter Stahl nicht von klimaschädlichem Stahl aus Drittländern verdrängt wird. Hierfür ist neben einer europäischen Investitionsförderung ein europaweiter Grenzausgleichsmechanismus notwendig, der dies sicherstellt. Andernfalls wären alle Anstrengungen unserer Stahlindustrie für den Klimaschutz vergeblich.